

beeindruckt, der hat kein Herz“

■ Gewerkschaft fordert Abgeltung der Inflation, Regierung bietet 1,7 Prozent



- 1 Krankenpflege-Personal in OP-Kleidung auf dem Weg zum Ballhausplatz
- 2 Beamten-Gewerkschaftschef Fritz Neugebauer mit seiner Botschaft an die Regierung: „Es wär' g'scheit, ihr zieht's euch warm an.“
- 3 Protest mit aller verfügbarer Ausrüstung

Fotos: APA

Regierung: Nach Weihnachten wird weiterverhandelt

Gewerkschafter in Oberösterreich verlangen „Aufbessern“ der Lohnrunde in Land- und Gemeindedienst

WIEN/LINZ. Der neue Beamtenminister Josef Ostermayer (SP) will sich durch die gestrige Demonstration nicht einschüchtern lassen, er gibt sich sogar ausnehmend konzilient. Er wolle nicht am „Recht der Demonstration“ rütteln, dieses sei „hart erkämpft, und das ist auch gut so“, sagte Ostermayer.

Streiks wolle er freilich vermeiden - und zwar durch weitere Verhandlungen mit der Beamten-gewerkschaft. Vor Weihnachten wird sich, so Ostermayer, allerdings kein Termin mehr ausgehen. 1,7 Prozent Gehaltsplus hatte die Regierung den öffentlich Bediensteten, wie berichtet, angeboten. Ob es hier noch Spielraum gibt, will Ostermayer mit Verweis

auf Verhandlungstaktik nicht ver-raten.

Von Gewerkschaftsbund (ÖGB) und Arbeiterkammer (AK) erhielten die Beamten gestern morali-sche Unterstützung. ÖGB-Präsi-dent Erich Foglar sicherte den Demon-stranten „unsere volle Solida-rität und Unterstützung in ihrem Einsatz für faire Lohn- und Ge-haltsverhandlungen“ zu. „Nach einer Nulllohnrunde im vergange-nen Jahr ist es höchst an der Zeit, den Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst faire und die Inflation abdeckende Einkom-menserhöhungen zuzugestehen“, sagte Foglar. AK-Präsident Rudolf Kaske zeigte sich ebenfalls solida-risch: „Wir gehen als AK Seite an Seite“, sagte er.

„Wenn Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl meint, er sei für eine gerechte Lohnerhöhung, dann soll er handeln.“



Foto: ÖÖN/GdG

■ Norbert Haudum, Landeschef der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten

Der Gehaltsabschluss für die Bundesbeamten hat unmittelbare Auswirkungen auf die Landes- und Gemeindebediensteten sowie die Beschäftigten in den Landes- und Ordensspitälern und das AKH

in Oberösterreich. Seit 1998 sind die Länder zwar nicht mehr an den Bundesabschluss gebunden. In Oberösterreich wurde im Vorjahr allerdings eine gleiche Anpassung mit den Gewerkschaften vereinbart. Landes-Personalreferent LH-Stv. Franz Hiesl (VP) verkündete in den OÖNachrichten am Dienstag, er unterstütze persönlich die For-derung nach Abgeltung der Infla-tionsrate. Gewerkschafter fordern deshalb neue Verhandlungen: „Wenn Hiesl meint, er sei für einen Gehaltsabschluss in Höhe der In-flationsrate, dann soll er in Ober-österreich seinen Worten auch Ta-ten folgen lassen“, sagt Norbert Haudum, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebe-diensteten. (jabü/bock)